



Serbischer Sicherheitspolizist, getötete Albaner in Rugovo

Ein neues Massaker

sollen serbische Sicherheitskräfte vergangenen Freitag im Kosovo verübt haben. Belgrad indes behauptet, mindestens 24 Tote in Rugovo seien Kämpfer der albanischen Untergrundarmee UÇK gewesen. Die internationale Staatengemeinschaft richtete an Serben wie Albaner das Ultimatum, sich bis zum 6. Februar im französischen Rambouillet zu Friedensverhandlungen einzufinden. Die Nato verwies auf den Aktivierungsbefehl für ihre Truppen und drohte Jugoslawiens Präsident Milošević mit Luftschlägen, sollte er nicht binnen 14 Tagen einlenken.

KOSOVO

„Wir erwischen die Serben überall“

Kommandeur Remi ist einer der wichtigsten Führer der albanischen Befreiungsarmee UÇK in der Serbenprovinz Kosovo. Remi (Deckname) leitet die Einheit in der Region Lapa, wo in den letzten Wochen heftige Kämpfe stattfanden.

SPIEGEL: Die internationale Gemeinschaft will Serben und Albaner zu einem Friedensvertrag zwingen. Verzichtet die UÇK auf die Unabhängigkeit des Kosovo?

Remi: Eine Übergangsperiode von drei bis fünf Jahren ist akzeptabel. Danach

muß von den USA und Europa ein Volksentscheid garantiert werden. Denn dies hier ist unser Land und wird unser Staat sein. Die serbische Armee und Polizei müssen sich völlig zurückziehen. Der Westen wird, wie auch im Fall Kroatiens und Sloweniens, seine bislang ablehnende Meinung ändern.

SPIEGEL: Vorerst könnte die Nato die Grenzen zu Albanien dichtmachen, um der UÇK den Waffennachschub zu erschweren.

Remi: Keine Sorge, wir werden genügend Ausrüstung bekommen und diese auch bezahlen. Notfalls holen wir uns die Waffen von den Serben. Wir erwischen die Serben in unserem Guerrillakampf überall, auf den Straßen, in den Städten.

SPIEGEL: Ist eine Lösung am grünen Tisch nicht überhaupt eine Utopie des Westens?

Remi: Ohne Nato-Bodentruppen oder internationale Polizei, die einen Waffenstillstand überwacht, wird es keinen Frieden im Kosovo geben.

SPIEGEL: Die Albaner im Kosovo sind politisch zerstritten. Ihr Führer Ibrahim Rugova steht nicht hinter der UÇK. Wer wird über Krieg oder Frieden entscheiden?

Remi: Am 10. Februar werden wir eine neue Regierung haben und ein Parlament mit unseren Vertretern und einer Allianz aller Parteiführer. Dann wird eine neue Verhandlungsgruppe für das Kosovo ernannt. Der amerikanische Vermittler Christopher Hill hat uns versprochen, auch die UÇK werde direkt an den Friedensgesprächen beteiligt sein. Denn außer uns kann niemand über das Schicksal des Kosovo bestimmen.

USA

Politische Hexenmeister

Mit einem Auftritt der Ex-Praktikantin Monica Lewinsky und zwei weiterer Zeugen geht das Drama um die Amtsenthebung von Bill Clinton in seine Schlußphase. Vergangene Woche stimmte die republikanische Mehrheit im Senat für die Vorladung von Lewinsky, Präsidenten-Assistent Sidney Blumenthal und des Clinton-Vertrauten Vernon Jordan. Mit diesem Votum wurde die Möglichkeit einer parteiübergreifenden Lösung im Senat verspielt. Die Demokraten sehen die Anhörungen einzig als Manöver zur Demontage Clintons, da die Republikaner ohnehin nicht über die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Absetzung des Präsi-

denten verfügen. „Politische Hexenmeister“ nennt der Sprecher des Weißen Hauses die republikanische Senatsmehrheit. Laut deren Zeitplan werden die drei Zeugen in der ersten Wochenhälfte vernommen. Ihre Aussagen werden – gegen den Willen der Demokraten – mitprotokolliert und auf Video aufgenommen. Über die Veröffentlichung der Vernehmungen wird später entschieden. Die Befragungen werden von je zwei Anklagevertretern und zwei Präsidentenanwälten geführt sowie von je einem Senator jeder Partei begleitet. Voraussichtlich setzen die 100 Senatoren der quälenden Prozedur am 12. Februar mit der Abstimmung über die Impeachment-Artikel ein Ende. Das Volk hat über die Machtspiele seiner Vertreter längst geurteilt: 67 Prozent wollen Clinton als Präsidenten behalten.



Lewinsky



Clinton